

# Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz

## USA bieten Vermittlerrolle im Kashmirkonflikt an

US-Präsident Clinton hat Mitte Februar Indien und Pakistan im Rahmen einer Fernsehansprache offiziell angeboten, im Kashmirkonflikt zu vermitteln. Dies ist der vorläufige Höhepunkt einer ganzen Serie intensiver diplomatischer Bemühungen der Vereinigten Staaten um Entschärfung der angespannten Lage zwischen den beiden Atommächten. So kam es in den letzten Wochen entlang der kashmirischen Waffenstillstandslinie wiederholt zu kleineren Gefechten zwischen indischen und pakistanischen Grenztruppen mit Toten und Verletzten auf beiden Seiten. Neue demonstrative Tests nuklearwaffenfähiger ballistischer Trägersysteme taten ein Übriges. Auch die sich zeitgleich häufenden wechselseitigen Kriegsdrohungen aus dem Munde hochrangiger indischer und pakistanischer Politiker dürften die amerikanische Regierung zum Handeln genötigt haben. So machte neben mehreren Kongreßabgeordneten auch der für Südasien zuständige Vizeaußenminister Karl Inderfurth in Islamabad und Delhi Station. Auch eine Südasienreise von Clinton selbst steht nach Presseberichten auf der Agenda. Der genaue Zeitplan des geplanten Staatsbesuchs stand jedoch bis zum Redaktionsschluß noch nicht fest. Unklar blieb zudem, ob der amerikanische Präsident im Rahmen dieser Visite auch Pakistan besuchen werde. Beobachter wiesen in diesem Zusammenhang auf die auf Seiten der US-Regierung existierenden Bedenken gegenüber einer möglichen Aufwertung der Militärregierung in Islamabad durch einen solchen Besuch hin. Amerikanische Geheimdienstkreise meldeten sich außerdem im Vorfeld der Visite mit der Warnung zu Wort, daß das Leben des Präsidenten in Pakistan angesichts der massiven Präsenz gewaltbereiter anti-amerikanischer Kräfte über Gebühr gefährdet sein könnte.

## Karachi: MQM geht auf Konfrontationskurs

In der seit mehr als einer Dekade immer wieder von blutigen Unruhen erschütterten Millionenmetropole Karachi braut sich neues Unheil zusammen. Denn die militante 'Muttahida Qaumi

Movement' (MQM), die als Partei der 'Mohajir' genannten urdusprachigen Einwanderer aus Indien in dem Konflikt um größere Selbstständigkeit der sindhischen Großstädte gegenüber dem von Punjabis dominierten Zentralstaat eine Schlüsselrolle spielt, hat im Januar völlig überraschend ihre wohlwollende Haltung gegenüber der neuen Militärregierung aufgegeben. Stattdessen steuert die MQM erneut auf Weisung ihres im Londoner Exil lebenden Parteiführers Altaf Hussain provokant auf Konfrontationskurs. So berichtete die englischsprachige Presse des Landes, Altaf Hussain habe öffentlich mit der einseitigen Ausrufung eines unabhängigen Mohajirstaates rund um die in der südpakistanischen Provinz Sindh gelegenen Städte Karachi und Hyderabad gedroht. Außerdem habe der MQM-Chef die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes angekündigt, wobei man diesmal auch die angebotene Unterstützung von Nachbarstaaten in Anspruch nehmen wolle. Prompt explodierte am 17. Januar in einem dichtbesiedelten Stadtviertel von Karachi nach langer Zeit wieder eine Bombe, die zwölf Menschen in den Tod riß und 22 weitere zum Teil schwer verletzte. Kurz darauf forderte ein ähnlicher Bombenanschlag auch in Hyderabad zahlreiche Verletzte.

Was die MQM-Führung so plötzlich bewegen hat, gegen General Musharraf (der übrigens selbst ein Mohajir ist) und sein Regime das Kriegsbeil auszugraben, gibt selbst Kennern der Szene Rätsel auf. Denn immerhin ist die Zahl der extralegalen Hinrichtungen von MQM-Aktivisten durch Angehörige der Sicherheitskräfte nach der Machtübernahme durch die Militärs im Oktober vergangenen Jahres dramatisch gesunken. Für das Gesamtjahr 1999 weisen die verfügbaren Statistiken lediglich 50 Fälle dieser Art aus. Auf Verlangen der MQM wurden sogar auf Anordnung des Militärregimes eine Reihe besonders skrupellos geltender Polizei- und Armeeeinheiten aus Karachi abgezogen.

Nur so viel scheint klar: Ausgelöst wurden die jüngsten Spannungen zwischen Armee und MQM offenbar durch ein politisch brisantes Kooperationsangebot Altaf Hussains an die Adresse sindhischer Nationalisten, die der Parteichef mit einem in allen wichtigen Tageszeitungen veröffentlichten offenen

Brief zum Schulterschuß gegen die Dominanz und Bevormundung durch die Punjabis aufrief. Im Gegenzug reagierte die Armee mit einer Verhaftungswelle gegen Parteiaktivisten der MQM, die allerdings zumeist nach kurzer Zeit wieder freigelassen wurden. Als dann die MQM-Führung unter Protest gegen diese Aktion mit einer Serie von gemeinsamen Pressekonferenzen mit der sindhi-nationalistischen Partei 'Jiye Sindh Qaumi Mahaz' (JSQM) zum 28. Februar zu einem Generalstreik gegen das Militärregime aufrief, eskalierte die Lage vollends. Denn die Armee verhaftete postwendend am 19. Februar praktisch die gesamte Führungsmannschaft der MQM und der JSQM, darunter eine ganze Reihe ehemaliger Parlamentarier und Senatoren. Der Vorwurf: Volksverhetzung und Landsfriedensbruch. Bis zum Redaktionsschluß befanden sich allerdings alle Betroffenen wieder auf freiem Fuß. Lediglich Farooq Sattar, der innerhalb der Parteihierarchie als zweiter Mann und Statthalter Altaf Hussains in Pakistan gilt, befand sich zu diesem Zeitpunkt noch in der Hand der Behörden. Laut Presseinformationen war er auf Anordnung des Militärregimes zu Verhören nach Islamabad gebracht worden. Aus MQM-Kreisen wurde der Vorwurf laut, dabei habe man Farooq Sattar auch gefoltert.

## Shariat-Kammer verbietet Zinsen

Mit einem spektakulären Urteil hat die Shariat-Kammer des Supreme Court in Islamabad am 23. Dezember die Existenz von Zinsen in Pakistan zu einem mit islamischen Rechtsvorstellungen nicht vereinbaren Verstoß gegen die Verfassung der Islamischen Republik erklärt. Entsprechend ordneten die Richter für das Wirtschafts- und Finanzwesen des Landes die Abschaffung von Zinsen an. Gleichzeitig verfügte das Gericht die Bildung mehrerer Fachausschüsse, die die Architektur eines in der Praxis auch ohne Zinsen funktionierenden Bankensystems ausarbeiten sollten. Die Tatsache, daß bereits zwei dieser Ausschüsse ihre Arbeit aufgenommen haben, zeigt, daß schon in absehbarer Zeit mit einer Umsetzung des Urteils zu rechnen ist. Entsprechend besorgt reagierten pakistanische Wirtschaftsexperten, die vor

weitreichenden negativen Konsequenzen für die krisengeschüttelte Ökonomie des Landes warnten. So rechnen die Fachleute mit einer massiven Kapitalflucht, mit einem drastischen Rückgang der Sparquote sowie mit der flächen-deckenden Etablierung des Zinswesens in schattenwirtschaftlichen Strukturen. Auch der Blick auf die große Abhängigkeit Pakistans von Auslandskrediten und Auslandsinvestitionen erfüllt die Fachleute mit Sorge.

### HRCP-Report zur Gewalt gegen Frauen

Allein in der pakistanischen Provinz Punjab wurden im vergangenen Jahr im Zeitraum Januar bis November 675 Frauen ermordet. 272 weitere kamen bei als Unfällen getarnten Brandanschlägen ums Leben oder entkamen diesem Schicksal nur knapp mit zum Teil schwersten Verbrennungen. 597 Frauen wurden vergewaltigt und 713 entführt. 41 Frauen starben durch die Hand von Sicherheitskräften in punjabischen Polizeistationen und Gefängnissen, wo zudem 146 Frauen zu Opfern sexueller Gewalttaten wurden. Dies sind Zahlen, die die renommierte pakistanische Menschenrechtsorganisation 'Human Rights Commission of Pakistan' (HRCP) mit Hilfe einer systematischen Auswertung der in punjabischen Printmedien erschienenen relevanten Presseberichte ermittelte und in der Januarausgabe ihrer vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift im Rahmen eines Berichts zum Thema "Dimensionen der Gewalt gegen Frauen" veröffentlichte. Vor allem die im Vergleich zum Vorjahr deutliche Zunahme der Gewalttaten bereite Anlaß zur Sorge, kommentierten die Autoren die Ergebnisse ihrer Studie.

Heftige Kritik übte HRCP in diesem Zusammenhang an der Haltung der Behörden. Häufig zeige die Polizei im Falle von Gewaltdelikten gegen Frauen kaum Engagement, die Täter, in aller Regel enge männliche Verwandte des Opfers, zu ermitteln. Entsprechend niedrig sei bei solchen Verbrechen die Aufklärungsquote; nur in den seltensten Fällen käme es zur Verhaftung oder gar zu einer Verurteilung der Schuldigen. So seien mit Blick auf die 675 Morde an Frauen insgesamt lediglich 77 Tatverdächtige verhaftet worden. In mehr als 150 Fällen sei noch nicht einmal eine Anzeige erstattet worden. Bei 266 Morden habe es sich um sogenannte "honor killings" gehandelt, heißt es in dem Bericht. Dies ist eine in Pakistan weit verbreitete Variante der Lynchjustiz an Frauen, denen aufgrund ihres Verhaltens eine Verletzung der Familienehre zur Last gelegt wird. Zur Wiederherstellung

derselben begehen üblicherweise die Brüder oder Ehemänner der Opfer solche Bluttaten.

Ein besonders trauriges Kapitel stellen auch die häufigen Entführungen von Frauen dar, zumal mehr als die Hälfte der insgesamt 713 gezählten Opfer Minderjährige waren. Die magere Bilanz der Polizei: Nur 26 von ihnen konnten bislang befreit werden; die Zahl der verhafteten Tatverdächtigen belief sich auf zwölf Personen.

Noch schwerer wiegen die Vorwürfe der Menschenrechtsorganisation an die Adresse der Polizeibehörden im Zusammenhang mit den bekannt gewordenen 41 gewaltsamen Todesfällen von Frauen in Polizeigewahrsam. Denn nach HRCP-Recherchen starben 21 Frauen nach brutalen Gruppenvergewaltigungen. Die Täter: Polizisten. Weitere 14 Frauen wurden ebenfalls von Polizisten zu Tode gefoltert. Trotz der Pressebe-richterstattung und der

einfachen Identifizierung der Tatverdächtigen sei lediglich gegen fünf Polizisten ein Untersuchungsverfahren eingeleitet worden, bemängelten die Autoren des Berichts.

### Ausreiseverbot für 115 Parlamentarier

Das Innenministerium der Militärregierung hat am 21. Februar in Islamabad eine aktualisierte Liste mit den Namen aller Personen veröffentlicht, die derzeit nicht das Land verlassen dürfen. Wie aus entsprechenden Pressemeldungen hervorgeht, befinden sich auf der sogenannten "Exit Control List" insgesamt 115 ehemalige Abgeordnete der vom Musharraf-Regime aufgelösten Nationalversammlung, des Senats und der Provinzparlamente. Betroffen sind zahlreiche Spitzenpolitiker der großen Parteien PML und PPP sowie mehrere Minister der von der Armee aus dem Amt gejagten Regierung von Ex-Premier Nawaz Sharif. Begründet wurde das gegen die betreffenden Politiker verhängte Ausreiseverbot mit der Existenz belastender Materialien, die von Banken und Finanzinstitutionen eingegangen seien. Die genannten Personen dürften Auslandsreisen ab sofort nur noch mit einer Sondergenehmigung antreten, die nur aus zwingenden Gründen erteilt werde, hieß es.

### Militärregime entmachtet die Judikative

Die seit dem 12. Oktober nach dem erfolgreichen Putsch gegen Premierminister Nawaz Sharif amtierende Militärregierung unter der Führung von General Pervaiz Musharraf hat am 26. Januar die bis zu diesem Zeitpunkt auf dem

Boden der bisherigen Verfassung weitgehend unabhängig agierende Judikative handstreichartig unter die direkte Kontrolle des Regimes gebracht. Zu diesem Zweck wurden die insgesamt 103 Richter der Obersten Gerichtshöfe und des 'Supreme Court' gezwungen, auf die kurz nach der Machtübernahme von den Militärs ausgerufene 'Provisional Constitution Order' (PCO), die die geltende Verfassung zumindest bis auf Widerruf suspendiert und General Musharraf als sogenanntem 'Chief Executive' (CE) weitreichende Vollmachten verleiht, einen neuen Amtseid abzulegen. Insgesamt 14 Richter darunter sechs Angehörige des 'Supreme Court', verweigerten sich diesem Ansinnen. Die Betroffenen wurden daraufhin mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert. Betroffen war von dieser Maßnahme unter anderem auch der Vorsitzende Richter des 'Supreme Court', Chief Justice Saidu Zaman Siddiqui. Siddiqui hatte sich im Vorfeld wiederholt mit den neuen Machthabern angelegt und galt bei den Generälen vor allem mit Blick auf die anstehenden Urteile mehrerer anhängiger Verfassungsbeschwerden gegen den Militärputsch als Unsicherheitsfaktor. Auch im Falle des erwarteten Revisionsverfahren vor dem 'Supreme Court' im noch laufenden Prozeß gegen den unter Mordanklage stehenden Ex-Premier Nawaz Sharif hätte der unbequeme Siddiqui durchaus für unliebsame Überraschungen sorgen können. Zu seinem Nachfolger im Amt berief General Musharraf Irshad Hassan Khan, der nach Einschätzung von Beobachtern das uneingeschränkte Vertrauen der Generalität genießt.

\*\*\*